



www.cosmoradio.de

02.10.2019

Neue Gemeinden in Nordsyrien: Erdogan will Millionen Flüchtlinge umsiedeln

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat seine Pläne für die Umsiedlung von Millionen Flüchtlingen aus der Türkei in eine sogenannte Sicherheitszone in Nordsyrien konkretisiert. Zwei Millionen Menschen sollten dort hinziehen, sagte er vor dem Parlament in Ankara. Eine Million werde in neu zu bauenden Gemeinden untergebracht werden. "Mit internationaler Hilfe" sollen 140 Dörfer gebaut werden. Die Standorte stünden schon fest. Für die Finanzierung werde ein internationales Geber-Treffen organisiert, sobald das Gebiet von "terroristischen Gruppen befreit" worden sei. "Wir haben nicht vor, Millionen Flüchtlinge für immer zu beherbergen", sagte Erdogan. Die Türkei hat seit Beginn des Bürgerkrieges im Nachbarland Syrien rund 3,6 Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Mittlerweile kippt aber die anfangs von vielen gelebte Willkommenskultur. Erdogan hatte jüngst gedroht, den Flüchtlingen die Türen Richtung Europa zu öffnen, sollte von dort nicht mehr finanzielle Unterstützung kommen sowie Hilfe für die Einrichtung der Zone in Nordsyrien.

Gantz sagt Gespräche über Regierungsbildung in Israel ab

Das Wahlbündnis "Blau-Weiß" des früheren israelischen Militäρχefs Benny Gantz hat die für diesen Mittwoch angesetzten Gespräche mit der Likud- Partei von Regierungschef Benjamin Netanjahu über die Bildung einer Einheitsregierung abgesagt. Die Voraussetzungen für ein "effektives Treffen" der Unterhändler seien gegenwärtig nicht gegeben, teilte das Bündnis nach Medienberichten am frühen Mittwochmorgen mit. "Notfalls könne das Treffen später in dieser Woche oder in der kommenden Woche abgehalten werden", zitierte die Zeitung "Haaretz" aus der Mitteilung des Mitte-Bündnisses. Ein Treffen von Gantz und Netanjahu sei unter den gegenwärtigen Bedingungen "unwahrscheinlich". Grund für den Stillstand in der Regierungsbildung sind offenbar die Korruptionsvorwürfe gegen Netanjahu. Ihm werden Bestechlichkeit, Betrug und Untreue vorgeworfen. Die viertägige Anhörung durch den Generalstaatsanwalt beginnt an diesem Mittwoch. Gantz hatte vergangene Woche zum wiederholten Male betont, seine Partei werde nicht in einer Regierung sitzen, "deren Vorsitzender sich einer schwerwiegenden Anklage stellen muss".

Amnesty: Unterdrückung in Saudi-Arabien wird fortgesetzt

Amnesty International wirft Saudi-Arabien vor, die Verfolgung von Journalisten und Menschenrechtlern unvermindert fortzusetzen. Ein Jahr nach dem Mord an dem regierungskritischen Journalisten Khashoggi seien mindestens 30 Menschen hinter Gittern, die lediglich von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht hätten. Die Unterdrückung gehe weiter. Das Königreich handle nach wie vor mit großer Härte. Khashoggi war heute vor einem Jahr im saudischen Konsulat in Istanbul von einem Mordkommando aus Riad getötet worden. Für die UNO-Sonderberichterstatterin Callamard steht fest, dass der saudische Staat das Verbrechen plante und organisierte. Kronprinz Salman hat inzwischen die politische Verantwortung übernommen, bestreitet aber, den Mord angeordnet zu haben.

Präsidentenwahl in Tunesien - Kandidat Karoui bleibt in Haft

Der tunesische Präsidentschaftskandidat Nabil Karoui muss nach Angaben seiner Anwälte im Gefängnis bleiben. Ein Berufungsgericht in Tunis lehnte einen neuen Antrag auf Freilassung aus der U-Haft ab. Bei der Wahl will der Medienzar gegen den Jura-Professor Kais Saied antreten. Karoui sitzt wegen des Verdachts der Geldwäsche und der Steuerhinterziehung in Haft. In der ersten Wahlrunde landete der Medienunternehmer hinter Saied auf dem zweiten Platz. Die Stichwahl soll am 13. Oktober sein.

Tausende Studenten gehen gegen Präsidentschaftswahl in Algerien auf die Straße- Demonstranten verlangen vor Wahlen demokratische Reformen

Rund 3000 Studenten haben am Dienstag in Algier gegen die geplante Präsidentschaftswahl protestiert. "Keine Abstimmung", riefen die Studenten, die begleitet von einem Großaufgebot an Polizisten über eine der Hauptverkehrsstraßen der algerischen Hauptstadt zogen, bevor sich die Kundgebung ohne Zwischenfälle auflöste. Die Demonstranten in Algiers gingen nun schon den 32. Dienstag in Folge auf die Straße. Noch größere Proteste finden seit Februar jeden Freitag statt. Die Demonstrationen endeten auch nicht, als im April der langjährige Staatschef Abdelaziz Bouteflika zurücktrat. Inzwischen richten sie sich gegen Algeriens gesamte Führungselite, insbesondere gegen Armeechef Gaïd Salah, der seit Bouteflikas Rücktritt der starke Mann in dem nordafrikanischen Staat ist. Auf Druck des Armeechefs und gegen den Willen der Protestbewegung hatte Übergangspräsident Abdelkader Bensalah vor einigen Wochen Präsidentschaftswahlen für den 12. Dezember angesetzt. Die Demonstranten sehen in einer baldigen Wahl den Versuch der Übergangsregierung, sich an der Macht zu halten. Sie fordern weitere demokratische Reformen sowie ein Ende des seit zwei Jahrzehnten bestehenden Machtapparats.

Refugee Radio in COSMO – daily in Al-Saut Al-Arabi at 10:30 pm on the radio and at 6 pm via Livestream.

Frequencies: NRW: 103,3 MHz (WDR) | Bremen: 96,7 MHz (Radio Bremen) | Bremerhaven: 92,1 MHz (Radio Bremen) | Berlin und Brandenburg: 96,3 MHz (rbb)